

An den
Kreistagsvorsitzenden
Herrn Andreas Güttler
Kreishaus
Wilhelmshöher Allee 19-21
34117 Kassel



Kassel, 30. August 2011

Sehr geehrter Herr Güttler,

bitte setzen Sie folgenden Ergänzungsantrag zu TOP 15 auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 1. September 2011:

Keine weiteren Belastungen für den Landkreis und seine Städte und Gemeinden

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag bekräftigt seine Auffassung, dass der Kreishaushalt nicht zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen saniert werden kann. Die kreisangehörigen Kommunen zahlen über die Kreis- und Schulumlage bereits heute den weit überwiegenden Teil der Aufwendungen des Kreishaushalts, während sich das Land Hessen in den vergangenen Jahren mehr und mehr aus der Finanzierung der den Kommunen zugewiesenen Aufgaben zurückgezogen hat. Weitere Belastungen des Landkreises und seiner Städte und Gemeinden durch Vorgaben der Landesregierung werden abgelehnt.
2. Der mit dem Regierungspräsidium am 25. August 2011 ausgehandelte Kompromiss, dass bei einem Klageerfolg des Landkreises beim anhängigen Rechtsstreit zum Haushalt 2010 die zwangsweise durchgesetzte Kreis- und Schulumlagerhöhung an die Städte und Gemeinden auch für zukünftige Haushalte (solange die Klage noch nicht ausgeurteilt ist) zurückgezahlt werden kann, wird akzeptiert. Daher ist kein neuer Rechtsweg zu beschreiten.
3. Im Falle des Obsiegens für das Jahr 2010 ist die überhöhte Kreis- und Schulumlage auch für das Jahr 2011 an die Städte und Gemeinden zurückzuzahlen.

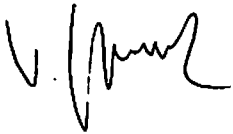
Begründung:

Den Kommunen ‚steht das Wasser selbst bis zum Hals‘. Die Summe der Fehlbeträge unserer kreisangehörigen Kommunen beträgt Ende 2011 rund 113 Millionen Euro. In dieser Situation darf der Kreis nicht auch noch in deren Taschen langens und sich auf Kosten der Städte und Gemeinden entlasten. Selbst wenn der Kreis alle geforderten Auflagen des RPs erfüllt, kann sich der Kreis aus eigener Kraft nicht konsolidieren, weil er an Pflichtaufgaben „erstickt“. Die Erhöhung der Kreisumlage würde den Kreishaushalt nicht retten, dafür aber die Lage der Kommunen dramatisch verschärfen.

Wenn sich in der Systematik der Kommunalfinanzierung nichts ändert, droht der Absturz. Die Städte und Gemeinden sind für die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland noch wichtiger als es die zu rettenden Banken in der letzten Wirtschaft- und Finanzkrise waren. Die Kommunen müssen endlich eine ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten, damit die kommunale Selbstverwaltung und die Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden sichergestellt werden.

Da es weder im Sinne des Landkreises noch des RPs ist, jedes Jahr ein neues Klageverfahren anzustrengen, ist der ausgehandelte Kompromiss eine pragmatische Lösung.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Gottschalck
Fraktionsvorsitzende